



Antrag

der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Karl Straub, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann CSU**

Bericht über Praxishilfen zur EU-Datenschutzreform

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten, welche Hilfestellungen staatlicher Stellen bereitstehen bzw. geplant sind, um bayerische Unternehmen ebenso wie öffentliche Stellen, insbesondere Kommunen, bei den durch die EU-Datenschutzreform erforderlichen Anpassungen der Datenverarbeitungspraxis zu unterstützen.

Begründung:

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung ist ab dem 25.05.2018 als unmittelbar geltendes Unionsrecht anzuwenden. Zum Beginn der Anwendung der EU-Datenschutz-Grundverordnung und der Umsetzung der EU-Richtlinie zum Datenschutz bei Polizei und Justiz im Mai 2018 werden nicht nur Anpassungen des Bundes- und Landesrechts, sondern auch umfangreiche Änderungen der Datenschutzpraxis von Unternehmen und öffentlichen Stellen erforderlich.

Auch wenn die Regelungsspielräume des europäischen Rechts es erlauben, vor allem im materiellen Datenschutzrecht bewährte Regelungen fortzuführen, entstehen durch neue formelle oder organisatorische Anforderungen eine Vielzahl neuer Fragestellungen für die vor Ort für den Datenschutz Verantwortlichen.

Um den Anpassungsaufwand gerade für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Kommunen zu begrenzen und rasch für Datenverarbeiter und Betroffene gleichermaßen Rechtssicherheit weiterhin zu gewährleisten, sollten zentral durch den Staat und die staatlichen Aufsichtsbehörden praxisfreundliche Hilfestellungen, Informationsmaterialien und Mustertexte bereitgestellt werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, über diese notwendigen Begleitmaßnahmen zur EU-Datenschutzreform zu berichten, die für die Gewährleistung eines hohen Datenschutzniveaus genauso unverzichtbar sind wie für das zügige Vorankommen bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung.